Zwischen allen Stühlen. Dilemmata der Zeitpolitik frühkindlicher Betreuung und Bildung in Frankreich nach 1945

Jeanne Fagnani

▶ **To cite this version:**

Jeanne Fagnani. Zwischen allen Stühlen. Dilemmata der Zeitpolitik frühkindlicher Betreuung und Bildung in Frankreich nach 1945. Karen Hagemann et Konrad H. Jarausch. Halbtags oder Ganztags?: Zeitpolitiken von Kindergarten und Schule nach 1945 im Europäischen Vergleich, Beltz-Juventa, pp.234-258, 2015. halshs-01199225

HAL Id: halshs-01199225
https://shs.hal.science/halshs-01199225

Submitted on 15 Sep 2015

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Jeanne Fagnani

8. Zwischen allen Stühlen

Dilemmata der Zeitpolitik frühkindlicher Betreuung und Bildung in Frankreich nach 1945

Neben den skandinavischen Staaten steht Frankreich unter den Mitgliedsländern der Europäischen Union nicht nur in der Bereitstellung ganztägiger öffentlicher Kinderbetreuung und Schule an erster Stelle, sondern auch hinsichtlich einer Familienpolitik, die die Kosten für Familien möglichst niedrig halten will.[1] Seit den späten 1960er Jahren steigt die allgemeine Frauenerwerbsquote zwar in allen OECD-Ländern stetig an, in Frankreich, ähnlich wie in den nordischen Ländern, war dies jedoch nicht nur auf einen weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit von alleinstehenden Frauen zurückzuführen, sondern auch auf eine deutliche Zunahme des Anteils erwerbstätiger Mütter. In der Folge sind noch heute sehr viel mehr Mütter in Frankreich erwerbstätig als in den meisten anderen Ländern der Europäischen Union. 2009 gingen beispielsweise 73,6 Prozent der Mütter mit zwei Kindern unter 16 Jahren einer Erwerbstätigkeit nach, verglichen mit nur 69,7 Prozent in Deutschland, 57,1 Prozent in Spanien und 51,2 Prozent in Italien.[2] Ein wichtiger Grund für den hohen Anteil erwerbstätiger Mütter in Frankreich ist, dass sie Zugang zu großzügigeren öffentlichen Leistungen und Angeboten haben als Mütter in den meisten anderen europäischen Wohlfahrtsstaaten. Zudem ist es in Frankreich aufgrund der relativ frühen Industrialisierung, ähnlich wie in Großbritannien, schon seit Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts üblich, dass vor allem Frauen der Unterschichten außerhäuslich erwerbstätig sind.[3] Gleichermaßen wichtig ist die unter Politikern und in der Bevölkerung weit

1 Alle erwerbstätigen Eltern erhalten in Frankreich eine einkommensabhängige finanzielle Beihilfe zur Kinderbetreuung.

2 OECD, *OECD Family Database*, Paris 2011, auf: www.oecd.org/els/familiesandchildren/oecdfamilydatabase.htm (eingesehen am 24.1.2009).

3 Für weitere Informationen siehe Susan Pedersen, *Family, Dependence, and the Origins of the Welfare State. Britain and France, 1914–1945*, Cambridge 1993.

verbreitete positive Einstellung gegenüber frühkindlicher Bildung. Auf den von wachsender weiblicher Bildung und wirtschaftlichem Boom geförderten massenhaften Eintritt von Frauen in den Arbeitsmarkt seit den 1970er Jahren hat die Politik mit der Einführung unterschiedlicher Leistungen und Angebote für Familien reagiert. Diese Maßnahmen bewirkten wiederum, dass noch mehr Mütter außer Haus arbeiten konnten. 2009 subventionierte der französische Staat Kinderbetreuung durch Tagesmütter und häusliche Betreuungskräfte für 37 Prozent der Kinder unter drei Jahren, deren Eltern Vollzeit arbeiteten, und bot einen Betreuungsplatz in einer *crèche* (Kinderkrippe) für weitere 18 Prozent an. Zudem besuchten 5 Prozent der Zwei- bis Dreijährigen ganztägige, kostenlose *écoles maternelles* (Vorschulen). Von den Drei- bis Sechsjährigen besuchten nahezu 100 Prozent eine *école maternelle*, die wie Grundschulen von 8:30 bis 16:30 Uhr geöffnet sind; weitere 12 Prozent der Kinder unter sechs Jahren nahmen an außerschulischen Aktivitäten teil.[4] Diese Familien- und Arbeitspolitik hat dazu beigetragen, dass Frankreich schon seit Jahren eine der höchsten Geburtenraten Europas aufweist. Tatsächlich lag 2011 die französische Rate von 2,0 weit über dem europäischen Durchschnitt von 1,59 und sogar weit über Ländern mit einer vergleichbaren Wirtschaftsstruktur wie Deutschland, Österreich oder Italien (alle drei lagen bei 1,4).[5]

Seit den 1990er Jahren haben jedoch weitreichende organisatorische Veränderungen in der Arbeitswelt die Entwicklung atypischer, irregulärer und oftmals unvorhersehbarer Arbeitszeitstrukturen begünstigt. Dieser globale Trend hat nicht nur gravierende Auswirkungen auf den Tagesablauf aller Familienmitglieder, sondern auch dazu geführt, dass die Vereinbarung von Familie und Beruf für Eltern noch schwieriger geworden ist. Darüber hinaus stellt er eine ernsthafte Herausforderung für Frankreichs Familienpolitik dar, da es für Politiker äußerst schwierig geworden ist, die unterschiedlichen Interessen innerhalb von Familien auszugleichen. Wie reagiert die staatliche Familienpolitik auf diese Veränderungen und versucht, die Nachfrage Vollzeit arbeitender Eltern nach einer möglichst flexiblen Vollzeit Kinderbetreuung, mit dem „besten Interesse" für das Wohlergehen der Kinder zu vereinbaren? Dieser Frage geht dieser Beitrag im Folgenden nach. Sein Fokus ist die

4 OECD, *Starting Strong II. Early Childhood Education and Care*, Paris 2006, S. 325–326; Kimberly Morgan, „Does Anyone Have a ‚Libre Choix'? Subversive Liberalism and the Politics of French Childcare Policy", in: Sonya Michel/Rianne Maho (Hg.), *Childcare Policy at the Crossroads. Gender and Welfare State Restructuring*, New York 2002, S. 143–170, S. 146.

5 Jeanne Fagnani, „Family Policies in France and Germany. Sisters or Distant Cousins?", *Community, Work and Family*, Jg. 10, H. 1 (2007), S. 39–56. Siehe auch den Beitrag von Oláh in diesem Band.

Betreuungspolitik für Kinder unter sieben Jahren. Gezeigt wird, dass diese Politik in Frankreich heute stärker von Arbeitsmarktinteressen und vom Recht der Mütter auf eine Erwerbstätigkeit bestimmt wird als vom „besten Interesse" des Kindes. Den einführenden methodischen Vorüberlegungen folgt ein historischer Überblick über die Entwicklung der Kinderbetreuungs- und Vorschulbildungspolitik, der sowohl Kontinuitäten als auch Wandel seit 1945 beschreibt und nachzeichnet, wie das Verhältnis zwischen Staat, Familien und dem Markt neu bestimmt wurde. Darüber hinaus untersucht der Beitrag die sich wandelnden Problemlagen und Grundprinzipien, die den Veränderungen in der Kinderbetreuungspolitik in unterschiedlichen Entwicklungsphasen zugrunde lagen, analysiert die Reformen, die seit den 1990er Jahren eingeführt wurden und beleuchtet, wie sie sich auf das „beste Interesse des Kindes" und auf die öffentliche Unterstützung der Erwerbstätigkeit von Frauen ausgewirkt haben. Abschließend werden Spannungen und Dilemmata reflektiert, mit denen die Politik derzeit in der Gestaltung der Kinderbetreuungspolitik in Frankreich konfrontiert ist.

Methodische Vorüberlegungen

Unter der Woche werden in Frankreich rund 36 Prozent der Kinder unter drei Jahren ausschließlich von ihren Eltern betreut, in den meisten Fällen von ihren Müttern.[6] Ein beträchtlicher Anteil der Mütter kleiner Kinder nimmt Erziehungszeit in Anspruch und kehrt erst wieder an den Arbeitsplatz zurück, wenn das Kind alt genug ist, eine *école maternelle* zu besuchen. Wenn sie doch erwerbstätig sind, dann meist in Teilzeit. Arbeitszeiten, die sich nicht mit den Öffnungszeiten öffentlicher Kindertagesstätten decken, lange Anfahrtswege und andere Schwierigkeiten, die einer Vereinbarkeit von familialen und beruflichen Verpflichtungen im Wege stehen, führen in vielen Fällen dazu, dass sich diese Mütter ausschließlich auf die Kinderbetreuung konzentrieren.

Die Mehrzahl der Mütter nimmt allerdings nach dem Mutterschaftsurlaub ihre Erwerbstätigkeit wieder auf und ist somit auf öffentlich subventionierte Kinderbetreuungsarrangements angewiesen. In den 16 Wochen Mutterschaftsurlaub erhalten sie eine einkommensabhängige Leistung, die von der Krankenkasse gezahlt wird. Danach nehmen viele Mütter, darunter eine

6 Marie Ruault/Audrey Daniel, „Les modes d'accueil des enfants de moins de six ans", *Études et résultats, Direction de la recherche, des études, de l'évaluation et des statistiques* (DREES), H. 235 (2003), S. 1–11, auf: www.sante.gouv.fr/drees/etude-resultat (eingesehen am 24.1.2009).

große Anzahl karriereorientierter Fachkräfte, ihre Vollzeiterwerbstätigkeit wieder auf und verbringen somit einen großen Teil ihrer Zeit am Arbeitsplatz. Vor allem Mütter mit nur einem Kind unter drei Jahren sind wirtschaftlich aktiv (2008 waren es 80 Prozent). Von ihnen arbeiten 54 Prozent Vollzeit.

Man könnte annehmen, dass die Einführung der 35-Stunden-Woche im Jahr 1998 beschäftigten Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geholfen hat. Bei näherer Betrachtung wird jedoch sichtbar, dass in vielen Fällen das Gegenteil der Fall ist. Viele französische Firmen haben infolge dieser Gesetzgebung flexiblere und unregelmäßigere Arbeitszeiten eingeführt, um mit den steigenden Anforderungen des internationalen wirtschaftlichen Wettbewerbs mithalten zu können, was sich wiederum auf interne Arbeitszeitmuster ausgewirkt hat.[7] Die Entwicklung hin zu flexiblen, unregelmäßigen und oftmals nicht familienfreundlichen Arbeitszeiten in Kombination mit einer höheren Arbeitsbelastung hat für Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, neue Schwierigkeiten in der Bewältigung des Alltags geschaffen.[8] Im Ergebnis sind sie oft auf die Kombination von mehreren – formellen und informellen – Kinderbetreuungsarrangements angewiesen, sodass viele kleine Kinder beträchtliche Zeit außerhalb ihrer Familie in der Obhut unterschiedlicher Betreuungspersonen verbringen.[9]

In Anbetracht dieser Umstände ist es wichtig, die Auswirkungen dieser neuen Arbeitsbedingungen und elterlichen Lebens- und Arbeitsrhythmen auf das Wohlergehen von Kindern zu untersuchen. Ist das Recht der Kinder, „ausreichend Zeit" mit ihren Eltern zu verbringen, gewährleistet? Was bedeutet „ausreichend Zeit" für die Kinder? Wie und wo werden Kleinkinder betreut, wenn beide Elternteile Vollzeit arbeiten? Reagiert die Politik auf diese Entwicklung in einer Art und Weise, die der langen Tradition hoher Qualitätsansprüche in der Kinderbetreuung noch gerecht wird? Auf diese Fragen sollen im Folgenden einige vorläufige Antworten gegeben werden.

---

7 Jeanne Fagnani/Marie Thérèse Letablier, „Work and Family Life Balance. The Impact of the 35 Hour Laws in France", Work, Employment and Society, Jg. 18, H. 3 (2004), S. 551–572. Siehe auch Diane Perrons u.a. (Hg.), *Gender Divisions and Working Time in the New Economy*, Northampton/MA 2006.

8 Sophie Bressé u.a., „La garde des enfants en dehors des plages horaires standard", *DREES*, H. 551 (2007), S. 2–8.

9 Jeanne Fagnani/Marie Thérèse Letablier, „Caring Rights and Responsibilities of Families in the French Welfare State", in: Birgit Pfau-Effinger/Barbara Geissler (Hg.), *Care Arrangements and Social Integration in European Societies*, Berlin 2005, S. 153–172.

Basierend auf der Arbeit des Politikwissenschaftlers Peter Hall, der ein dreigliedriges Modell der Politik sozialen Wandels entwickelt hat, unterscheidet die Analyse der Veränderungen in der französischen Kinderbetreuungspolitik seit den 1970er Jahren zwischen folgenden drei Ebenen[10]:

- *Veränderungsprozesse erster Ordnung*, in denen sich die Justierung der Instrumente ändert (beispielsweise Veränderungen in der Höhe des Kindergeldes und der Steuervorteile für Familien), wobei die allgemeinen Politikziele und -instrumente unverändert bleiben;
- *Veränderungsprozesse zweiter Ordnung*, in denen sich die Politikinstrumente und ihre Justierung ändern, obwohl die grundsätzlichen Politikziele unverändert bleiben. Zum Beispiel führten in den 1980er und 1990er Jahren unterschiedliche Regierungen aus dem rechten wie auch aus dem linken Lager neue Kinderbetreuungsbeihilfen ein, die regelmäßig erhöht wurden, um die Erwerbstätigkeit von Müttern zu fördern und neue Arbeitsplätze im Betreuungssektor zu schaffen;
- *Veränderungsprozesse dritter Ordnung oder Paradigmenwechsel*, die sich vollziehen, wenn ein radikaler Politikwandel gleichzeitig Veränderungen auf allen drei Ebenen der Politik hervorbringt: der Justierung der Instrumente, der Instrumente selbst und der Hierarchie der zugrunde liegenden Ziele. Ein Beispiel hierfür ist die Verschiebung der französischen Familienpolitik weg vom Modell der Ernährer-Hausfrau-Familie und hin zum Doppelverdiener-Modell.

Peter Hall benutzt dieses dreigliedrige Modell der Politiken gesellschaftlichen Wandels zum einen, um neue Verhaltensmuster zu beschreiben, die zunehmend ältere Muster in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ersetzen, und zum anderen, um die Prozesse zu verstehen, durch die derartige Veränderungen angestoßen werden. Sein Ziel besteht in einer Differenzierung des Konzepts „soziales Lernen", das er als „bewussten Versuch" versteht, „die Ziele oder Techniken von Politik in Reaktion auf frühere Erfahrungen und neue Informationen anzupassen. Lernen hat stattgefunden, wenn Politikveränderungen aus einem solchen Prozess resultieren."[11] Die Entwicklung der Familienpolitik in Frankreich illustriert die Nützlichkeit dieses Modells sehr gut. In

10 Peter Hall, „Policy Paradigms, Social Learning and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain", *Comparative Politics*, Jg. 25, H. 3 (1993), S. 275–296.

11 „… a deliberate attempt to adjust the goals or techniques of policy in response to past experience and new information. Learning is indicated when policy changes are the result of such a process." Ebd., S. 278.

den 1980er Jahren baute der Zentralstaat die öffentlichen Kinderbetreuungsstrukturen aus, um die Erwerbstätigkeit von Müttern weiter zu fördern. Man bezog sich dabei auf Forschungsergebnisse, die zeigten, dass die Geburtenrate in Westdeutschland weitaus niedriger war als in Frankreich, die Frauenerwerbsquote in Frankreich jedoch weitaus höher. Trotz des Widerstands einiger Interessengruppen, wie der eher konservativen Familienverbände, wurde die Beziehung zwischen Staat, Familie und Markt neu definiert, was zeigt, dass der steigende Anteil weiblicher Erwerbstätiger ein Schlüsselfaktor in der Veränderung des französischen Wohlfahrtssystems war. Halls Modell ist somit äußerst geeignet, um die Entwicklung der französischen Familienpolitik seit dem Paradigmenwechsel, der in den 1970er Jahren einsetzte, zu analysieren.

Da öffentliche Kinderbetreuungsangebote für berufstätige Eltern in ein breiteres Feld institutioneller Arrangements eingebettet sind, ist die Theorie der Pfadabhängigkeit, die davon ausgeht, dass Reformen durch früher eingeführte institutionelle Strukturen, Gesetze und Verordnungen und die mit ihnen geschaffenen Praktiken und Verbindlichkeiten entscheidend ermöglicht oder behindert werden, für die Analyse der Entwicklung von Zeitpolitiken der Kinderbetreuung von erheblicher Bedeutung für das Verständnis aktueller Politiken und der ihnen zugrunde liegenden Logiken.[12] Wie auch die skandinavischen Länder verfolgt die französische Regierung eine „explizite Familienpolitik", die von staatlichen Stellen beaufsichtigt und über die in jährlichen Berichten Rechenschaft abgelegt wird. Die „Familie" selbst ist rechtlich als eine Institution anerkannt, die eine wichtige Rolle in der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der sozialen Ordnung spielt. Die Schaffung zunächst eines Staatssekretariats und wenige Jahre später eines beigeordneten Ministeriums (*ministre délégué*) für Familienangelegenheiten in den 1970er Jahren zeigt ebenfalls den hohen Stellenwert der Familienpolitik. Die wichtigste zuständige Einrichtung ist die *Caisse Nationale d'Allocations Familiales* (CNAF), das Nationale Amt für die Bereitstellung von Ausgleichsleistungen an Familien, das ein großes Netzwerk von 123 lokalen *Caisses d'Allocations Familiales* (CAF) beaufsichtigt. Theoretisch setzen die Sozialpartner (darunter auch die Familienverbände), die im Vorstand der CNAF vertreten sind, in gewissen Zeitabständen die Interventionsmittel der Familienpolitik fest. In der Praxis werden die Entscheidungen jedoch auf zentralstaatlicher Ebene gefällt und nur von Zeit zu Zeit mit dem CNAF-Vorstand abgestimmt. Lediglich auf lokaler Ebene haben die Vorstände der CAF eine gewisse Entscheidungsmacht und einen Gestaltungsspielraum in

12 Zum Thema Pfadabhängigkeit siehe auch die Einleitung von Hagemann in diesem Band.

der Bereitstellung des Angebots. Die öffentliche Kinderbetreuung ist nur eines von vielen. Ihre Analyse muss also in den größeren Kontext eingebettet werden, da das Ziel dieses Beitrags ja darin besteht, die Organisation der Zeitpolitik in der Betreuung von unter siebenjährigen Kindern insgesamt zu beleuchten und institutionell, historisch und kulturell einzuordnen.[13]

Die Entwicklung der öffentlichen Kinderbetreuung und Vorschulbildung

Um die Grundlagen der aktuellen Kinderbetreuungspolitik zu verstehen, muss man zunächst berücksichtigen, dass Kinder in Frankreich historisch stets als private *und* öffentliche Ressource angesehen wurden. Sie stellen ein „gemeinsames Wohl" und den „Reichtum der Nation" dar, was wiederum gewisse Verpflichtungen ihnen gegenüber mit sich bringt. Diese lange Tradition, die bis ins neunzehnte Jahrhundert zurückreicht, erklärt auch, warum *crèches* und *écoles maternelles* eine so breite Zustimmung genießen.[14]

Die Geschichte der öffentlichen Kinderbetreuung ist in Frankreich untrennbar verbunden mit der Vorstellung, dass der Staat verpflichtet ist, nicht nur Mütter und Kinder zu schützen, sondern auch die Möglichkeit von Frauen zu fördern, außer Haus einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die Verbindung beider Ideale ist tief in der republikanischen Denktradition Frankreichs verwurzelt und entstand Ende des neunzehnten Jahrhunderts, als allgemein anerkannt wurde, dass der Staat – hauptsächlich aus demographischen Gründen, das heißt der Sorge um rückläufige Geburtenzahlen – Mutterschaft und Kindererziehung größere Beachtung schenken müsse.[15] Im Kontext des Konflikts zwischen der katholischen Kirche und antiklerikalen Republikanern um die Kontrolle über das Bildungswesen wurden die früheren *salles d'asile* (Warteschulen) 1881 in das nationale, säkulare Bildungswesen integriert und in *écoles maternelles* umbenannt. Die republikanische Regierung traute der Bildung in den *salles d'asile* nicht, die seit den 1820er Jahren als Kinderbetreuungs- und Vorschuleinrichtungen karitativer Verbände vorrangig unter der Kontrolle der katholischen Kirche existierten. Die spätere Rechtsprechung ersetzte Nonnen als Betreuungspersonen durch vom Staat

13 Jeanne Fagnani, „Family Policy in France", in: Tony Fitzpatrick u.a. (Hg.), *International Encyclopedia of Social Policy*, Oxford 2006, Bd. 3, S. 501–506.

14 Kimberly Morgan, „Forging the Frontiers between State, Church and Family. Religious Cleavages and the Origins of Early Childhood Education and Care Policies in France, Sweden and Germany", *Politics and Socie*ty, Jg. 30, H. 1 (2002), S. 113–148.

15 Jean-Noël Luc, *L'invention du jeune enfant au 19ème siècle. De la salle d'asile à l'école maternelle*, Paris 1993.

angestellte Lehrerinnen und Lehrer und etablierte ein nationales Ministerium zuständig für die Bildung von Kindern ab drei Jahren. Da viele Frauen aus der Arbeiterschicht vor allem in den Städten bereits erwerbstätig waren, passten sich die *écoles maternelles* durch eine ganztägige Öffnung an die Arbeitszeiten der Mütter an. Was Kinder unter drei Jahren anbelangt, so nahmen die *crèches* (Krippen) eine etwas andere Entwicklung: Diese Einrichtungen waren als Wohlfahrtsmaßnahme konzipiert worden, um die allgemeine Gesundheitsvorsorge zu verbessern und die Kindersterblichkeit zu reduzieren. *Crèches* entstanden erstmalig in den 1840er Jahren auf Initiative karitativer Verbände. Hier wurden Kinder unter drei Jahren betreut, deren Mütter außer Haus erwerbstätig waren. Sie wurden jedoch erst im zwanzigsten Jahrhundert stärker ausgebaut – ebenfalls aufgrund der wachsenden Sorge um die demographische Entwicklung.

In den drei Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs war der Gesetzgeber nicht nur wegen der geringen Geburtenzahlen, sondern auch wegen der hohen Kindersterblichkeit besorgt. Der Schutz der Gesundheit von Kindern und schwangeren Frauen wurde zu einer politischen Priorität. In diesem Nachkriegskontext wurde 1945 das Programm der *Protection Maternelle et Infantile* (PMI) ins Leben gerufen, das dem Gesundheitsministerium untersteht und bis heute ein öffentliches Vorsorge- und Gesundheitsfürsorgeangebot für alle Mütter und Kinder im Alter von bis zu sechs Jahren bereitstellt. PMI übernahm zudem die Verantwortung für die Qualität öffentlicher Kinderbetreuung: Es beaufsichtigt die Ausbildung und Zulassung von Tagespflegepersonen sowie die Zulassung und Kontrolle außerschulischer Betreuungsangebote, um sicherzustellen, dass diese den Gesundheitsbestimmungen (etwa in Bezug auf Atteste und Impfungen), Sicherheitsvorschriften, Ernährungsstandards und dem vorgeschriebenen Personalschlüssel entsprechen.

Bis in die 1960er Jahre förderten die verschiedenen Regierungen im Nachkriegs-Frankreich, wie die anderer Länder Nord- und Westeuropas, das Modell der Ernährer-Hausfrau-Familie, indem sie großzügige Anreize für Familien schufen, in denen nur der Mann erwerbstätig war.[16] Um Mütter zu motivieren zu Hause zu bleiben, wurde für Paare mit mindestens zwei Kindern ein finanzieller Anreiz in der Form des *allocation de salaire unique* (Einzelverdienerzuschuss) geschaffen. Doch ab den frühen 1970er Jahren verschoben sich die Prioritäten in den Zielen und die Instrumente der Kinderbetreuungspolitik radikal. Da die boomende Wirtschaft die Arbeitskraft von Frauen dringender denn je zuvor benötigte und nicht im gleichen Maße wie

16 Fagnani, „Family Policy", S. 501–506.

in der Bundesrepublik Deutschland auf „Gastarbeiter" zurückgegriffen werden sollte, brachten die konservativen Regierungen unter George Pompidou (1969–1974) und die ihnen folgende liberale Regierung unter Präsident Valéry Giscard d'Estaing (1974–1981) eine Kinderbetreuungspolitik auf den Weg, die die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen und Mütter förderte. Diese Politikverschiebung ging mit wichtigen Veränderungen im politischen Diskurs einher, der fortan die „Doppelrolle" von Frauen als Mutter und Berufstätige betonte. Seit den frühen 1970er Jahren spielte zudem die neue Frauenbewegung eine wichtige Rolle in den öffentlichen Debatten über Familie und Erwerbsarbeit, weil auch die Frauenorganisationen vehement den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung forderten. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung neigten politische Akteure – insbesondere nach der Machtübernahme der Sozialisten mit der Wahl François Mitterrands zum Staatspräsidenten (1981–1995) – dazu, die Stimmen von Frauen durch ihre Unterstützung der öffentlichen Kinderbetreuung zu gewinnen.[17]

Tabelle 7: Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in Frankreich, 1975–2006

Alter	1975	1985	1995	2006
	Anteil erwerbstätiger Frauen an allen Frauen derselben Altersgruppe			
15–24	50 %	44 %	31 %	31 %
25–49	60 %	72 %	80 %	82 %
50 und älter	43 %	40 %	44 %	55 %

Quelle: INSEE, *Enquêtes Emploi,* Paris 2008, auf: www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg_id=0&ref_id=NATCCF03103 (eingesehen am 24.1.2009).

Gleichzeitig wurde das Niveau des Einzelverdienerzuschusses immer weiter abgesenkt, auf Familien mit geringem Einkommen beschränkt und 1978 schließlich vollständig abgeschafft. Aufgrund eines akuten Arbeitskräftemangels und der zunehmenden Forderung nach gut ausgebildeten weiblichen Fachkräften im Dienstleistungsbereich (Bildung, Gesundheit, soziale Dienste, Verwaltung, Banken) begann die französische Regierung mit dem Bau öffentlich finanzierter *crèches*, um Frauen die Arbeitsaufnahme zu er-

17 See Kristina Schulz, *Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976*, Frankfurt/M. 2002.

leichtern. Im Ergebnis nahm nicht nur die Erwerbstätigkeit von Frauen insgesamt zu (siehe Tabelle 7), sondern auch die von Müttern: Zwischen 1962 und 1990 stieg die Erwerbstätigkeit von Müttern zwischen 25 und 49 Jahren mit Kindern unter 16 Jahren von 26 auf 75 Prozent an.[18]

Diese Entwicklung wiederum stimulierte die Nachfrage nach dem Ausbau öffentlicher Kinderbetreuungsangebote und anderer sozialer Dienste. Entsprechende Forderungen wurden hauptsächlich in den städtischen Mittelschichten laut und anhaltend von der Frauenbewegung unterstützt, deren Aktivistinnen überwiegend aus dieser Schicht kamen und für eine Gleichstellung von Mann und Frau auf dem Arbeitsmarkt kämpften. Zusammen genommen schufen diese Faktoren einen starken Impuls für einen radikalen Wandel der Kinderbetreuungspolitik und zwangen die französische Politik, das Modell der „berufstätigen Mutter" in ihren Reformplänen fortan zu berücksichtigen. Im Ergebnis wurde ein wachsender Anteil der unbezahlten Kinderbetreuungsarbeit durch die bezahlte öffentliche Bereitstellung dieser Dienste ersetzt.

Seit mehr und mehr Mütter erwerbstätig wurden, versuchten die politischen Parteien, wie bereits angedeutet, zunehmend mit ihrer Befürwortung öffentlicher Kinderbetreuung die Stimmen von Frauen zu gewinnen. Auch wurden Politiker immer zugänglicher für die Argumente von Experten und Expertinnen im Bereich der frühkindlichen Bildung, die die Einrichtung von *crèches* unterstützten. Schon bald wurden die finanziellen Mittel der lokalen *Caisses d'Allocations Familiales* erhöht, sodass sie einen Teil der Verantwortung für die Betriebskosten der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen einschließlich der *crèches* übernehmen und dadurch die Qualität der Betreuung von Klein- und Kleinstkindern verbessern konnten. Gleichzeitig unternahm der Gesetzgeber mit der Schaffung einer finanziellen Leistung, der Kinderbetreuungsbeihilfe für Familien, in denen beide Eltern erwerbstätig sind, einen weiteren wichtigen Schritt, der einherging mit der Entscheidung, den Einzelverdienerzuschuss fortan nur noch an Familien mit geringem Einkommen zu zahlen. Diese Reformen der öffentlichen Kinderbetreuungsstrukturen wurden begleitet von neuen Initiativen im Privatsektor. Auf Anraten ihrer Betriebsräte richteten beispielsweise mehrere französische Unternehmen Freizeitzentren und Feriencamps für die Kinder ihrer Angestellten ein, denn vor allem die lange, fast zweimonatige Sommerpause von *écoles maternelles* und Schulen war für berufstätige Eltern ein Problem, ebenso wie die außerschulische Betreuung.

18 Institut National de la Statistique et des Études Économiques (INSEE), Census 1962 and 1990.

Die wachsende Zahl von Betreuungsplätzen in *crèches* und die zunehmende Anzahl von Kindern in *écoles maternelles* in den 1970er Jahren waren maßgebliche Impulse für eine neue Kinderbetreuungspolitik, die nun die „Qualität" der Kinderbetreuung in den Vordergrund stellte. Dies bezeugt auch eine arbeitsrechtliche Bestimmung von 1977, die „registrierte Tagesmütter" mit den gleichen Rechten und dem gleichen Status ausstattete wie Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in anderen Bereichen. Bis dahin war ihr arbeitsrechtlicher Status von der Unbestimmtheit ihrer Position geprägt gewesen. Darüber hinaus markierte das neue Gesetz die ersten Schritte hin zur gesellschaftlichen Anerkennung der Bedeutung von Qualität in der Kinderbetreuung. Die vom Nationalverband der Erzieherinnen, Ärzten der *Protection Maternelle et Infantile* und Psychologen organisierten militanten Aktionen und Informationskampagnen, um diese Anerkennung zu erreichen, begannen nun Früchte zu tragen. Nicht zuletzt unterstützte diese Gesetzgebung durch die Betonung der „idealen" Vorbereitung der Kinder in *crèches* auf die *écoles maternelles* die frühkindliche Betreuung und Bildung. Der Diskurs begann sich jedoch in den 1980er Jahren erneut zu wandeln.

Seit der Machtübernahme der Sozialisten unter Präsident François Mitterand 1981 sprachen Gewerkschaften und Parteien zunehmend von der Notwendigkeit, die Kinderbetreuung auszubauen, um „Müttern zu helfen", die Doppelbelastung von Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Ausgaben sowohl der lokalen Behörden als auch der CNAF für den Bau von *crèches* wurden deutlich erhöht, und die Zahl der Betreuungsplätze in Kindertagesstätten stieg weiter an. 2011 wurde ungefähr die Hälfte aller Kinder unter drei Jahren in einem formellen und öffentlich subventionierten Betreuungsarrangement versorgt, entweder in einer *crèches* oder durch eine registrierte Tagesmutter.[19] In Kombination mit dem anhaltenden Wandel der Einstellungen von Frauen gegenüber Erwerbsarbeit produzierte diese neue Politik, die auf berufstätige Mütter abzielte, einen Schneeballeffekt, der zu einem Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit insgesamt führte, für den insbesondere die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Müttern verantwortlich war. Selbst Mütter mit drei und mehr Kindern waren 2005 mehrheitlich erwerbstätig (siehe Tabelle 8).

Die existierenden Strukturen der *écoles maternelles* bekräftigten die öffentliche Verantwortung für kleine Kinder.[20] Auch hier ist die Anzahl der verfügbaren Plätze seit den 1970er Jahren dramatisch angestiegen. 2009 besuchten 5 Prozent der Kinder zwischen zwei und drei Jahren und 99 Prozent der Kinder zwischen drei und sechs Jahren entweder halb- oder ganztägig

19 François Borderies, „L'offre d'accueil des jeunes enfants de moins de 3 ans en 2010", Études et Résultats, *DREES,* H. 803 (2012), S. 1–8.

20 Morgan, „Forging the Frontiers", S. 30.

diese kostenlosen Vorschulen. Kantinen und Betreuungsangebote außerhalb der regulären Schulzeiten ermöglichten es immer mehr Müttern, Vollzeit zu arbeiten. Darüber hinaus haben lokale Behörden mit Zuschüssen der zuständigen CAF eine gute Freizeitinfrastruktur geschaffen, die die Betreuung von Kindern am Mittwoch und nach der Schule gewährleistet (mittwochs sind Schulen und Vorschulen in Frankreich geschlossen; Kindertagesstätten haben jedoch geöffnet).[21] Mütter sind somit in der Lage, Vollzeit zu arbeiten, wenn sie dies möchten oder müssen.

Tabelle 8: Erwerbstätigkeit von Müttern, die in einer Partnerschaft leben, nach Kinderzahl in Frankreich, 1990 und 2005

Kinder unter 18 Jahren	1990	2005
	Prozentsatz erwerbstätiger[a)] Mütter	
Keine	60 %	76 %
1 Kind	77 %	84 %
2 Kinder	74 %	78 %
3 Kinder	44 %	57 %

Anmerkung: a) Einschließlich Teilzeitarbeit.

Quelle: INSEE, *Enquêtes Emploi,* Paris 1990/2005, auf: www.insee.fr/fr/methodes/default.asp?page=definitions/enquete-emploi.htm (eingesehen am 25.1.2009).

Infolge der Reformen der späten 1970er und 1980er Jahre ist es gesellschaftlich akzeptabel geworden, dass Kinder unter drei Jahren ganztägig in einer öffentlichen Kindertagesstätte betreut werden, während beide Eltern arbeiten. Darüber hinaus wird die frühkindliche Bildung und Sozialisation, die diese Betreuungsform bietet, in vielen Fällen hoch geschätzt, insbesondere von berufstätigen Akademikern. Tatsächlich erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind eine *crèche* besucht, mit dem Bildungsniveau der Eltern. 2004 waren 12 Prozent der Kinder, deren Eltern eine akademische Bildung

21 Der schulfreie Mittwoch wurde Ende des neunzehnten Jahrhunderts für die religiöse Erziehung außerhalb der Schule eingerichtet. Er stellte einen Kompromiss zwischen dem säkularen Staat und der katholischen Kirche dar, die im Gegenzug die Kontrolle des Staates über das gesamte Bildungssystem und die säkularen Schulen mit ihrer Schulpflicht anerkannte. Siehe Luc, *L'invention du jeune enfant*; sowie die Einleitung von Hagemann und den Beitrag von Allemann-Ghionda in diesem Band.

hatten und dementsprechend im oberen oder mittleren Management oder in der Geschäftsführung arbeiteten, in einer *crèche*, im Vergleich zu lediglich 7 Prozent der Kinder von Eltern mit einem niedrigeren Bildungsniveau.[22] Von den Kindern unter drei Jahren, deren Mütter Vollzeit arbeiteten und deren Familien zu den 20 Prozent an der Spitze der Einkommenspyramide gehörten, wurden 30 Prozent in einer *crèche* betreut. Von den Kindern hingegen, die zu den 40 Prozent der Familien am unteren Ende der Einkommensskala gehörten, wurden lediglich 22 Prozent in einer *crèche* betreut.[23] Die Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur der Kinderbetreuung und die damit verbundenen Subventionen und Zuschüsse korrespondieren somit direkt mit Veränderungen in den Idealen und Normen der Kindererziehung. Das historische Erbe Frankreichs im Bereich der Betreuung und Bildung von Kindern hat einen Kontext geschaffen, der die beschriebene Entwicklung deutlich begünstigte.

Die Förderung der „Wahlfreiheit" durch individualisierte Arrangements in der institutionellen Kinderbetreuung

Anfang der 1990er Jahre begann sich die Situation jedoch zu wandeln. Seitdem sind neue sozioökonomische Zwänge, vor allem die öffentliche Sorge um die dramatisch zunehmende Arbeitslosenzahl, die entscheidende Kraft von Veränderungen zweiter Ordnung in der Kinderbetreuungspolitik. Vor dem Hintergrund der wachsenden Erwerbslosigkeit beschloss die konservative Regierung unter dem gaullistischen Premierminister Édouard Balladur, der im März 1993 an die Macht kam und den Sozialisten Pierre Bérégovoy ablöste, das Potential des Kinderbetreuungssektors zur Schaffung von Arbeitsplätzen stärker auszuschöpfen, indem sie Kinderbetreuungsbeihilfen für Familien drastisch erhöhte und Steuervergünstigungen einführte. Alle folgenden Regierung in der Amtszeit des konservativen Präsidenten Jacques Chirac (1995–2007) verfolgten eine ganz ähnliche Strategie, unabhängig ob links oder rechts. Ihr Ziel war es, die Kosten von „individuellen" Betreuungsarrangements durch registrierte Tagesmütter sowie Kinderfrauen, die im Haushalt helfen, zu reduzieren. Sie hofften, dass Familien mit kleinen Kindern auf diese Weise Arbeitsplätze schaffen würden und gleichzeitig Hauspersonal verstärkt in den offiziellen Arbeitsmarkt integriert würde. Mit dem

22 Ruault/Daniel, „Les modes d'accueil", S. 235.

23 Sophie Bressé/Bénédicte Galtier, „La conciliation entre vie familiale et vie professionnelle selon le niveau de vie des familles", Études et Résultats, *DREES*, H. 465 (2006), S. 1–10.

rhetorischem Rekurs auf das neoliberale Argument der „Wahlfreiheit" von Eltern und die „Diversifizierung von Kinderbetreuungsarrangements" versuchten alle Parteien sich auf diese Weise öffentliche Zustimmung zu sichern. Ihr Ziel war eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ohne dabei das populäre Modell der „berufstätigen Mutter" grundsätzlich in Frage zu stellen. Gleichzeitig führte die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit (zumeist vom Arbeitgeber initiiert und nicht immer familienfreundlich), insbesondere die Entwicklung weg vom „regelmäßigen Normalarbeitstag" hin zu unregelmäßigeren Arbeitszeiten, zu einer steigenden Nachfrage nach „flexibleren" Formen der Kinderbetreuung.

In diesem Kontext trat die Frage des „besten Interesses des Kindes" sowohl in Bezug auf die Zeit, die es mit beiden Eltern verbringen kann, als auch in Bezug auf die Wahrung seines biologischen Rhythmus auf der politischen Agenda zunehmend in den Hintergrund. Um die Anzahl der *crèches* zu erhöhen, haben die politischen Instanzen (das für Familienpolitik zuständige Ministerium, lokale Behörden und die CNAF) neue Finanzierungsmodelle für Kindertagesstätten entwickelt und gleichzeitig flexiblere Vorschriften in Bezug auf die Berufsqualifikation des Erziehungspersonals eingeführt, da der Fachkräftemangel die Schaffung neuer Einrichtungen erschwerte.

Eine Politik der zunehmenden Auslagerung institutionalisierter Kinderbetreuung

Wie bereits angedeutet, begannen die verschiedenen französischen Regierungen in den 1990er Jahren parteiübergreifend „individuelle" Kinderbetreuungsarrangements zu fördern, vor allem um Kosten für Betreuungspersonal in öffentlichen Einrichtungen zu reduzieren. Die CNAF und die französische Zentralverwaltung beschlossen nun, die Sozialversicherungsbeiträge und Gehälter von registrierten aber privat angestellten Tagesmüttern und Kinderfrauen anteilig zu bezahlen. Um für diese Bezuschussung berechtigt zu sein, mussten beide Eltern in Familien mit mindestens einem Kind unter sechs Jahren entweder angestellt, arbeitslos gemeldet oder in einer Umschulungs- oder Weiterbildungsmaßnahme sein.

Mit der Senkung der Kosten dieser Art von Kinderbetreuung ging der Versuch einer Professionalisierung der Tagesmütter einher, die nun verpflichtet waren, in den fünf Jahren nach ihrer Erstzulassung eine Fortbildung zu absolvieren (seit Juli 2005 insgesamt 120 Stunden). Diese Maßnahmen hatten zur Folge, dass die Zahl der Familien, die eine Beihilfe zur Kinderbetreuung durch eine registrierte Tagesmutter (*aide à l'emploi d'une assistante maternelle agréée* oder AFEAMA) erhielten, von 110.000 im Jahr 1991 auf 823.000 im Jahr 2011 anstieg. Die Beihilfe zur Kinderbetreuung schließt die

Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers für die registrierte Tagesmutter ein. Die Familie erhält darüber hinaus einen zusätzlichen, einkommensabhängigen Zuschuss. Infolge dieser Politik ist die Betreuung durch eine registrierte Tagesmutter nunmehr die zweithäufigste Form der Kinderbetreuung von ein- bis dreijährigen Kindern mit berufstätigen Eltern, übertroffen lediglich von der Anzahl der Familien, in denen ein Elternteil Elternzeit in Anspruch nimmt. Ein alternativer Betreuungszuschuss (*allocation de garde d'enfant à domicile*, AGED) unterstützt die häusliche Betreuung durch eine Kinderfrau. Er deckt einen Teil ihrer Sozialversicherungsbeiträge ab. Darüber hinaus können diese Familien pro Jahr 50 Prozent der Kosten, maximal 6.000 Euro, von der Einkommenssteuer absetzen.

Trotz vehementer Kritik von Frauenverbänden schuf die gaullistische Regierung unter Premier Balladur 1994 zudem für erwerbstätige Eltern mit einem zweiten Kind Anreize zur häuslichen Betreuung des Kindes nach dem Mutterschaftsurlaub. Um dies zu erreichen, wurde ein pauschales Erziehungsgeld (*allocation parentale d'education*) geschaffen, das Eltern unter der Bedingung gezahlt wird, dass ein Elternteil bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres ihres Kindes höchstens Teilzeit erwerbstätig ist. Um Anspruch auf diese Leistung zu haben, müssen beide Eltern vor der Geburt des Kindes erwerbstätig oder arbeitslos gemeldet gewesen sein. Trotz der geschlechtsneutralen Sprache sind 97 Prozent der Leistungsempfänger derzeit Frauen, was die weit verbreitete Ansicht untermauert, dass Kinderbetreuung immer noch primär die Verantwortung der Mutter ist. Um diese Politik zu korrigieren, setzten sich die Sozialisten, die 1997 mit Premierminister Lionel Jospin wieder an die Regierung kamen und bis 2002 an der Macht blieben, für eine Politik ein, die eine weniger ungleiche Verteilung der unbezahlten Haushalts- und Familienarbeit zwischen Müttern und Vätern förderte. Ihre familienpolitische Rhetorik betonte das Recht *beider Eltern*, mit ihrem neugeborenen Baby zu Hause zu sein. Das führte schließlich zu der Entscheidung, ab Januar 2002 den Vaterschaftsurlaub (unter voller Lohnfortzahlung bis zu einer gewissen Obergrenze) von drei auf elf Tage heraufzusetzen.

Die Reform von 2004 als Anpassung des familienpolitischen Instrumentariums

2004 setzte ein politischer Veränderungsprozess erster Ordnung ein, als die konservative Regierung unter Premierminister Dominique de Villepin (2005–2007) eine Reform des Systems der Kinderbetreuungszuschüsse vornahm. Ein Hauptbestandteil der Reform war das Ersetzen der beiden existierenden Kinderbetreuungsbeihilfen (AFEAMA und AGED) aus den 1990er Jahren durch eine einzige Beihilfe, die *complément de libre choix du mode de*

garde (Beihilfe zur Förderung der Wahlfreiheit in der Kinderbetreuungsform). Diese Leistung ist nun primär einkommensabhängig und variiert zudem nach Art des Betreuungsarrangements mit Tagesmutter oder Kinderfrau und dem Alter des Kindes. Aufgrund der erheblichen Anhebung des Leistungsniveaus ist es nun auch für Familien mit geringem Einkommen leichter geworden als unter dem alten zweigeteilten System, sich eine registrierte Tagesmutter zu leisten. Der zentrale Unterschied zur vorherigen Regelung ist, dass Eltern mit einem Kind unter drei Jahren aufgrund der zusätzlich eingeführten *complément de libre choix d'activité* (Beihilfe zur Förderung der Wahlfreiheit in der Tätigkeit) nun auch leistungsberechtigt sind. Diese Leistung entspricht dem früheren Erziehungsgeld, wird aber nur gewährt, wenn Mutter oder Vater mindestens zwei Jahre vor der Geburt des Kindes ununterbrochen erwerbstätig waren. Diese Regelung führt in der Praxis dazu, dass Mütter oder Väter in unsicheren oder informellen Beschäftigungsverhältnissen nicht leistungsberechtigt sind. Darüber hinaus ist die Höhe der Leistung mit 560 Euro im Monat für den nicht erwerbstätigen Elternteil äußerst gering und nimmt noch weiter ab, wenn das entsprechende Elternteil in Teilzeit erwerbstätig ist. 2006 führte die Regierung Villepin zudem zusätzliche Maßnahmen zur Unterstützung großer Familien mit mindestens drei Kindern ein. Nach der Geburt des dritten Kindes (und aller darauffolgenden Kinder) konnte ein Elternteil im Jahr 2012 die pauschale Summe von 802 Euro für insgesamt zwölf Monate in Anspruch nehmen – unter der Voraussetzung, dass es in diesem Zeitraum nicht erwerbstätig ist. Diese Maßnahme zielt darauf ab, Väter mit geringem Einkommen zu ermutigen, Erziehungszeit zu beanspruchen.

Dilemmata der Kinderbetreuungspolitik

Trotz der vielen Erfolge – insbesondere des drastischen Rückgangs der Kindersterblichkeit seit dem Zweiten Weltkrieg – steht die Familienpolitik in Frankreich heute vor der neuen Herausforderung, auf die dramatischen Veränderungen am Arbeitsmarkt und in der Familie zu reagieren.[24] Die Politik und ihre Sozialpartner (die Vorstände der CAFs, lokale Behörden, Arbeitge-

24 Die Kindersterblichkeitsrate sank von 52 pro 1000 im Jahr 1950 auf 7,3 im Jahr 1990 und 4,1 im Jahr 2002. Siehe L'Institut national d'études démographiques (INED), Paris 2008, auf: www.ined.fr/en/everything_about_population/scientifique_news_files/mortalite_infantile_une_chute_spectaculaire/ (eingesehen am 25.1.2009).

ber, Gewerkschaften) sind mit zunehmenden Spannungen, die aus den widersprüchlichen Anforderungen dieser Partner erwachsen, und mit gegensätzlichen Interessen innerhalb von Familien konfrontiert.

Zwangslagen für Entscheidungsträger

Die 35-Stunden Woche, 1998 per Gesetz eingeführt, das 2000 noch einmal überarbeitet wurde, hat die durchschnittliche Arbeitszeit in Frankreich deutlich gesenkt. Dies brachte jedoch auch weitreichende organisatorische Veränderungen am Arbeitsplatz mit sich, unter anderem die Intensivierung der Arbeit und den Trend hin zu unregelmäßigen und unplanbaren Arbeitszeiten. Die Ergebnisse einer Umfrage von 2003 unter einer repräsentativen Stichprobe der Empfänger von Kinderbetreuungsleistungen mit einem Kind unter drei Jahren zeigen beispielsweise, dass 19 Prozent der Eltern (Väter oder Mütter) unregelmäßige und unvorhersehbare Arbeitszeiten haben. Viele Mütter und Väter, insbesondere solche, die im oberen oder mittleren Management oder in der Geschäftsleitung arbeiten, gaben an, so lange Arbeitszeiten zu haben, dass die Organisation der Kinderbetreuung für sie äußerst schwierig sei. Für 33 Prozent der Eltern mit einem oder mehreren Kindern unter drei Jahren erschwerten ihre Arbeitszeiten es „manchmal" oder „oft", Kinderbetreuung zu organisieren. Dieser Prozentsatz ist unter Familien, in denen die Kinder zu Hause von einer Kinderfrau betreut werden, mit 67 Prozent sogar noch höher. Diese Familien gehören in vielen Fällen zu den mittleren und oberen Einkommensschichten.[25]

Obwohl es zu diesem Themenkomplex nicht ausreichend Daten gibt, ist es doch wahrscheinlich, dass die Zeit, die diese Eltern unter der Woche – und manchmal auch am Wochenende – mit ihren Kindern verbringen können, abgenommen hat. Das ist womöglich der Fall, obwohl die zuständigen Stellen Eltern unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung stellen, um mit diesen professionellen Zwängen umzugehen. Beispielsweise können Kinder den Vorschriften der öffentlichen Kindertagesstätten zufolge bis zu zehn Stunden pro Tag in einer *crèche* oder einer *école maternelle* verbringen.[26] Um auf die Veränderungen am Arbeitsplatz zu reagieren und es erwerbstätigen Eltern zu ermöglichen, den Erwartungen ihrer Arbeitgeber gerecht zu werden, hat die

25 Centre de recherche pour l'étude et l'observation des conditions de vie (CREDOC), *Les allocataires de la prestation d'accueil du jeune enfant, Report for CNAF*, Paris 2006, S. 113.

26 Siehe „Code de l'action sociale", auf: daniel.calin.free.fr/textoff/code_action_sociale.html (eingesehen am 24.1.2009).

Anzahl der privat betriebenen aber öffentlich finanzierten Kindertagesstätten und *crèches*, die 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche geöffnet haben, in den vergangenen zehn Jahren zugenommen.

Aufgrund dieser Veränderungen am Arbeitsplatz und in der Kinderbetreuungspolitik verbringt ein beträchtlicher Teil der Kinder unter drei Jahren heute lange Stunden in außerhäuslichen Betreuungsarrangements. Eine Umfrage von 2005 unter einer repräsentativen Stichprobe von Familien mit mindestens einem Kind unter sieben Jahren hat beispielsweise ergeben, dass in der Altersgruppe der Kinder unter drei Jahren 25 Prozent derjenigen, die eine *crèche* besuchen, mehr als 42,5 Stunden pro Woche dort verbringen. 25 Prozent der Kinder, die von einer Tagesmutter betreut werden, verbringen mehr als 44 Stunden pro Woche in deren Haushalt und 25 Prozent der Kinder, die von einer häuslichen Kraft betreut werden, verbringen mehr als 46 Stunden pro Woche in deren Obhut.[27] Gleichzeitig gaben fast 60 Prozent der registrierten Tagesmütter an, dass sie mehr als 45 Stunden pro Woche arbeiten.[28] Darüber hinaus müssen Eltern an einem Tag oder im Laufe einer Woche oft unterschiedliche Kinderbetreuungsarrangements in Anspruch nehmen, insbesondere dann, wenn sich die Arbeitszeiten beider Eltern überschneiden. Aus diesem Grund betonen (und beklagen) viele Fachkräfte in der Kinderbetreuung auch, dass Eltern oftmals den Tagesablauf und Rhythmus ihres Kindes an ihre Arbeitszeiten anpassen, ohne dabei genügend Rücksicht auf die Bedürfnisse des Kindes zu nehmen.[29]

In Anbetracht dieser Umstände stehen Fachkräfte in Kinderbetreuungseinrichtungen und Tagesmütter oftmals unter zunehmendem Druck, ihre eigenen Arbeitszeiten an die Bedürfnisse der wachsenden Anzahl von Eltern anzupassen, die auf flexible oder unregelmäßige Betreuungszeiten angewiesen sind. Angesichts ihrer Verantwortung gegenüber der eigenen Familie haben diese Fachkräfte aber auch den Wunsch, ihre eigenen Interessen zu wahren. Es überrascht daher kaum, dass sie flexiblere Arbeitszeiten ungern in Kauf nehmen. Sofern sie es sich leisten können, sind registrierte Tagesmütter in vielen Fällen nicht bereit, Kinder außerhalb der regulären Arbeitszeiten zu betreuen. Somit sind Kleinkinder oftmals im Laufe nur eines Tages unter der Obhut von unterschiedlichen Personen und in unterschiedlichen Einrichtungen, was sich unter Umständen negativ auf ihr Wohlergehen und ihre

27 Ruault/Daniel, „Les modes d'accueil", S. 235.

28 Nathalie Blanpain/Milan Momic, „Les assistantes maternelles en 2005", Études et Résultats, *DREES*, H. 581 (2007), S. 2–8.

29 Evelyne Renaudat, „Les dernières réformes des modes de financement aux crèches", *Recherches et prévisions*, H. 85 (2006), S. 76–82.

Entwicklung auswirken kann.[30] Das betrifft in besonderem Maße Einzelkinder, Kinder alleinerziehender Eltern und Kinder, deren Eltern unregelmäßige Arbeitszeiten haben.[31]

Ein vom *Haut Conseil de la Population et de la Famille* in Auftrag gegebener Report beschrieb 2003 die Vor- und Nachteile der bestehenden Betreuungsstrukturen aus der Perspektive der Kinder.[32] Dabei wurden die positiven Auswirkungen der Sprachförderung und der kognitiven und psychomotorischen Entwicklung hervorgehoben, aber auch die Risiken der Ansteckungsgefahr in *crèches*. Der Bericht kam zu dem Schluss, dass die Anzahl der Betreuungsplätze in den *crèches* erhöht und Weiterbildungsprogramme für Tagesmütter und Kinderfrauen geschaffen werden müssten. Den Autoren des Berichts zufolge war die damalige Situation äußerst unbefriedigend. Untersuchungen zu Tagesmüttern hatten ergeben, dass 49 Prozent über keinerlei Qualifikationen verfügten und weitere 35 Prozent nur unzureichend ausgebildet waren.[33] Das Problem wird umso deutlicher, wenn auch die mangelnde fachliche Ausbildung der Kinderfrauen in Betracht gezogen wird. Diese Arbeitnehmerinnen sind von jeglichen Qualifikationsanforderungen ausgenommen und werden nicht von der *Protection Maternelle et Infantile* beaufsichtigt, obwohl Eltern für ihre Beschäftigung in Form der Kinderbetreuungsleistungen öffentliche Mittel erhalten. So aufschlussreich diese Fakten auch sind, vernachlässigt der Bericht dennoch weitere wichtige Aspekte des Wohlergehens von Kindern, nicht zuletzt die Auswirkungen der neuen Arbeitsbedingungen einer zunehmenden Zahl von Eltern auf die Tagesabläufe der Kinder und auf die Zeit, die sie gemeinsam verbringen können. Seit den Reformen von 2004 hat sich diese Situation nur unwesentlich verbessert.[34]

Diese Themen auf die politische Tagesordnung zu setzen und ihnen die mediale Aufmerksamkeit zu verschaffen, die sie verdienen, erweist sich jedoch als schwierig. Die Gründe für diesen Mangel an Interesse sowohl auf Seiten der Regierung als auch auf Seiten der Öffentlichkeit sind vielfältig,

---

30 Rachel Schumacher/Elizabeth Hoffmann, *Continuity of Care. Charting Progress for Babies in Childcare Research-Based Rationale*, Center for Law and Social Policy (CLASP), Washington DC, 1–7 August 2008, auf: www.clasp.org/publications/cp_rationale3.pdf (eingesehen am 24.1.2009).

31 Direction de l'animation de la recherche, des études et des statistiques (DARES), Analyses, Nr. 75 (Oktober 2012, auf: travail-emploi.gouv.fr/IMG/pdf/2012-075-2.pdf (eingesehen am 25.1.2009).

32 Die Funktion des Haut Conseil (eingesetzt 1985) ist nur eine beratende. Er berät die Regierung in den Bereichen Familie und Demographie.

33 Blanpain/Momic, „Les assistantes maternelles", S. 6.

34 Jeanne Fagnani, „Recent Reforms in Childcare and Family Policies in France and Germany. What Was at Stake?" *Children and Youth Services Review*, Jg. 34, H. 3 (2012), S. 509–516.

doch es lassen sich drei Hauptursachen ausmachen. Der erste und offensichtlichste Grund ist, dass dieses Phänomen relativ neu ist und noch nicht ausreichend erforscht wurde. Es existieren bislang nur wenige statistische Erhebungen über die Zeit, die französische Eltern mit ihren Kindern verbringen, und sie reichen nicht aus, um Rückschlüsse auf die Auswirkungen der Arbeitsbedingungen auf die gemeinsam verbrachte Zeit oder auf den Tagesablauf von Kindern zuzulassen.

Zweitens sind die Hauptziele der Regierungspolitik seit geraumer Zeit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Herstellung von Chancengleichheit für Männer und Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Die Qualität der Kinderbetreuung und die Interessen des Kindes sind nur Themen zweitrangiger Bedeutung. Aufeinander folgende Regierungen sowie die Beiräte der Familienkassen haben für Öffnungszeiten plädiert, die besser auf die flexibleren Arbeitszeiten berufstätiger Eltern abgestimmt sind. Darüber hinaus drängen sie auch auf die Entwicklung „flexiblerer" Kinderbetreuungsarrangements. Insbesondere seit den Beschlüssen des Europäischen Rates in Lissabon im Jahr 2000 zur Entwicklung einer Europäischen Beschäftigungsstrategie steht die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen hoch auf der politischen Agenda der französischen Regierungen. Für diesen Politikbereich sowie für alle Familienangelegenheiten ist seit 2004 das französische Ministerium für Arbeit, soziale Beziehungen und Familie zuständig, das unter anderem die Gründung von Betriebskindertagestätten durch Steuervergünstigungen zu fördern begann. Das Ministerium führte auch eine anteilige Finanzierung dieser Einrichtungen durch die CAFs ein. Diese neuen Regelungen stehen allerdings in einem Spannungsverhältnis zum Bildungsgesetz von 1989, das die Betreuung von Kindern in *écoles maternelles* regelt. Hier wird vorgeschrieben, dass „jedes Kind im Alter von drei Jahren das Recht hat, einen Kindergarten zu besuchen, der so nah wie möglich an seinem Wohnort liegt." Mit dieser Bestimmung sollten Kindern lange, ermüdende Fahrtwege erspart werden, die potenziell schädliche Auswirkungen auf ihr Wohlergehen haben könnten.[35] Als die Regierung die Maßnahme zur Förderung von Betriebskindertagesstätten beschloss, ließ sie völlig außer Acht, dass durchschnittliche Fahrt- und Pendelzeiten der Erwerbstätigen in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Frankreich drastisch zugenommen hatten.[36] Um das Kinderbetreuungsangebot den flexibleren Arbeitszeiten der Erwerbstätigen anzupassen, legte das Ministerium für Arbeit, soziale Beziehungen und Familie im November 2006

35 Bildungsgesetz vom 10. Juli 1989, Art. 2, auf: www.ac-nancy-metz.fr/VieScolaire/Textes_circ/LoiOrient.htm (eingesehen am 24.1.2009).

36 George Crague, „Des lieux de travail de plus en plus variables et temporaires", *Economie et Statistique*, H. 369–370 (2003), S. 25–37.

zudem einen neuen „Kleinkinderbetreuungsplan" (*plan petite enfance*) vor.[37] Unter Bezug auf die Entwicklung irregulärer, flexibler Arbeitszeiten forderte es eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Krippen und Kindertagesstätten. Angestellte im öffentlichen Kinderbetreuungssektor sollten zu „unterschiedlichen Tageszeiten am Arbeitsplatz anwesend sein", auch am frühen Morgen und späten Abend. Die möglichen Auswirkungen dieser neuen Zeitpolitik auf das Wohlergehen der Kinder wurden im neuen „Kleinkinderbetreuungsplan" nicht diskutiert.

Ein dritter Hauptgrund ist, dass seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts die Kinderbetreuungspolitik ganz oben auf der sozialpolitischen Agenda Frankreichs stand. Tatsächlich erscheint es, als würden in der kollektiven Wahrnehmung Frankreichs die „Qualität der Kinderbetreuung" und die Berücksichtigung der Interessen von Kindern in der Kinderbetreuungspolitik oftmals als selbstverständlich vorausgesetzt. Um den Interessen der Kinder stärker Nachdruck zu verleihen und sie zu schützen, wurde von der Regierung im Jahr 2000 das Amt eines nationalen „Kinderbeauftragten" (*défenseur des enfants*) geschaffen. Doch der Auftrag und die finanzielle Ausstattung dieses Amtes sind begrenzt.[38] Die bzw. der Kinderbeauftragte erstattet zwar seit 2000 jährlich Bericht über die Situation von Kindern, konzentriert sich dabei aber auf Themen wie Kindesmisshandlung, häusliche und schulische Gewalt, Kriminalitätsprävention, die Auswirkungen von Armut und Arbeitslosigkeit sowie von Scheidungen oder die Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare. Die einzige Ausnahme ist der Bericht von 2003, der auch die alltägliche Situation kleiner Kinder erörtert und kritisiert, dass eine zunehmende Zahl von Kindern zwischen zwei und drei Jahren bereits *écoles maternelles* besuchte. Unter Bezugnahme auf Forschungsergebnisse von Experten und Expertinnen frühkindlicher Erziehung argumentierte das Autorenteam, die *école maternelle* sei nicht auf die Bedürfnisse so kleiner Kinder ausgerichtet, da sie ihren biologischen Rhythmus nicht respektiere, was die sprachliche und kognitive Entwicklung der Kinder behindern könne. Zwei- und dreijährige Kinder sollten stattdessen in *crèches* oder bei einer Tagesmutter betreut werden.[39] Die *école maternelle* ist tatsächlich eine Schule, kein Kindergarten. Die dortigen Fachkräfte sind in erster Linie Lehrerinnen und Lehrer (*professeurs des écoles*), nur halbtags ist im Unterricht zumeist eine

37 Ministère du travail, des relations sociales, de la famille et de la solidarité, Plan petite enfance, 10. November 2006, auf: www.social.gouv.fr/htm/dossiers/dpm/index.htm (eingesehen am 24.1.2009).

38 La défenseure des enfants, auf: www.defenseurdesenfants.fr (eingesehen am 24.1.2009).

39 Ebd.

Erzieherin bzw. ein Erzieher anwesend (*agent spécialisé des écoles maternelles*). 2011 kam durchschnittlich ein Lehrer auf 27 Kinder. In *crèches* wird der Betreuungsschlüssel ebenfalls auf nationaler Ebene festgelegt: Hier ist er 5:1 bei den Säuglingen und 8:1 bei den Kleinkindern. Gemäß den gesetzlichen Regelungen haben nur Kinder mit einem unterprivilegierten sozialen Hintergrund mit dem Erreichen des zweiten Lebensjahres einen vorrangigen Anspruch auf einen Platz an einer *école maternelle*. Doch der Mangel an Betreuungsplätzen in *crèches* (insbesondere in ländlichen Regionen) und die Tatsache, dass *écoles maternelles* anders als die *crèches* kostenlos sind, schaffen für alle Eltern aus der Unter- und Mittelschicht einen starken Anreiz, Kinder bereits vor Vollendung ihres dritten Lebensjahres dort anzumelden.

In Anbetracht der neuen Umstände, die aus den strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz erwachsen, ist die französische Familienpolitik gezwungen, gegensätzlichen Interessen innerhalb von Familien gerecht zu werden. In erster Linie ist sie bestrebt, das Wohlergehen von Kindern zu fördern, es ihnen zu ermöglichen, ausreichend Zeit mit ihren Eltern zu verbringen, und gleichzeitig für Frauen die Möglichkeit zu schaffen, auf gleicher Augenhöhe mit Männern einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Im Ergebnis steht die Politik vor folgendem Dilemma: Wenn die politische Priorität die Herstellung von mehr Geschlechtergleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt ist, dann ist es das Hauptziel Eltern, insbesondere Müttern, zu ermöglichen, sich an die Realitäten der Arbeitswelt und die Anforderungen ihrer Arbeitgeber anzupassen, um ihren Arbeitsplatz zu sichern und ihre Karriere zu verfolgen. Die Folgen dieser Entwicklung und Politik können sich durchaus negativ auf das Familienleben und das Wohlergehen von Kindern auswirken und damit in Widerspruch zu den herkömmlichen Prinzipien französischer Familienpolitik stehen. Wenn die Priorität aber primär die Wahrung der Kindesinteressen ist (zum Beispiel durch eine Beachtung ihres biologischen Rhythmus), muss die Politik der Zunahme irregulärer und flexibler Arbeitszeiten entgegenwirken, da sie traditionelle Familienrhythmen zunehmend durcheinander bringen. In Anbetracht der Tatsache, dass in Frankreich immer noch Frauen den Großteil der unbezahlten Haushalts- und Familienarbeit erbringen, könnte dieser Ansatz jedoch die Errungenschaften im Bereich der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt unterminieren – gewisse Gruppen erwerbstätiger Mütter würden benachteiligt, darunter in erster Linie jene mit geringer Berufsqualifikation. In einigen Fällen würde die Politik sogar zu ihrer Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt beitragen. Die Auswirkungen der 35-Stunden-Woche zusammen mit einer Flexibilisierung der Arbeitszeit haben also in vielerlei Hinsicht lediglich zur Verschärfung von Spannungen und divergierenden Interessen geführt.

Resümee

Seit den 1970er Jahren haben aufeinanderfolgende französische Regierungen aus dem rechten wie aus dem linken Lager in Reaktion auf gesellschaftlichen Druck radikale Kehrtwenden in der Kinderbetreuungspolitik vollzogen. Dem Modell Peter Halls zufolge führte dies zu einem Veränderungsprozess dritter Ordnung, der nur stattfindet, wenn ein radikaler Politikwechsel gleichzeitig Veränderungen in allen drei Komponenten von Politik bewirkt: der Justierung der Instrumente, der Instrumente selbst und der Hierarchie der zugrunde liegenden Politikziele. Der Ausbau öffentlicher Kinderbetreuungsstrukturen entsprach einem Anstieg in der Frauenerwerbsquote, was wiederum dazu führte, dass die Politik einen weiteren Ausbau des Angebots forderte. Diese politischen Verschiebungen trafen auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Im Ergebnis ist der Bereich Familie innerhalb des sozialen Sicherungssystems bislang vor Kürzungen verschont geblieben. Und trotz umfassender Bemühungen, öffentliche Ausgaben zu reduzieren, ist die Kinderbetreuung immer noch ein Wachstumsbereich innerhalb des französischen Sozialstaates. Das spiegelt den vergleichsweise hohen Stellenwert einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf der sozialen und politischen Agenda der französischen Gesellschaft wider. Doch mit der Jahrtausendwende hat schrittweise ein Wandel Einzug gehalten, der einen Veränderungsprozess erster Ordnung darstellt, in dem sich zwar die Justierung des Instrumentariums ändert, die allgemeinen Politikziele und -instrumente jedoch unverändert bleiben. Themen wie die „Arbeit-Freizeit-Balance" werden dabei weiterhin in den überkommenen Bahnen erörtert und weisen damit eine starke Pfadabhängigkeit auf.[40]

Im Unterschied zu Deutschland, Großbritannien oder den Niederlanden ist es in Frankreich nach wie vor allgemein akzeptiert, dass Kinder erwerbstätiger Eltern unter drei Jahren eine ganztägige Betreuungseinrichtung besuchen.[41] Die frühe Sozialisierung, die diese Einrichtungen bieten, wird von vielen Familien sehr geschätzt, insbesondere vom Bildungsbürgertum. Als ein Resultat dieser Politik hat Frankreich nach wie vor eine der höchsten Erwerbsquoten von Müttern mit kleinen Kindern in der Europäischen Union und weist darüber hinaus neben Irland die höchste Geburtenrate auf.[42] Die stufenweise Einführung von Maßnahmen und Programmen zur Unterstützung „berufstätiger Mütter" ging mit einer Modernisierung der Normen von Familie und Kindererziehung einher. Seit den späten 1960er Jahren setzte

40 Siehe Jeanne Fagnani, „Recent Reforms", S. 509–516.
41 Fagnani/Letablier, „Caring Rights", S. 156.
42 Siehe hierzu auch den Beitrag von Oláh in diesem Band.

sich das Modell der Doppelverdiener-Familie durch. Es erscheint Paaren (und insbesondere Frauen) als „normal", Kinder zu bekommen und gleichzeitig dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Was sich in der politischen Debatte zunehmend gewandelt hat, ist der Diskurs über die Rolle der Väter. Das Recht (und die Pflicht) von Vätern, sich stärker im Familienleben einzubringen, hat an Bedeutung gewonnen. Das bezeugt unter anderem die Einführung des gesetzlichen Vaterschaftsurlaubs von zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes – eine Maßnahme mit hohem Symbolwert. Das französische Modell des Vaterschaftsurlaubs kann auch als wohlfahrtsstaatliche Maßnahme angesehen werden, die mehr Freizeit schafft und den Druck mindert, der auf Familien mit kleinen Kindern lastet, insbesondere auf Familien mit geringem Einkommen. Damit wird das soziale Recht von Eltern, ihre kleinen Kinder zu betreuen, anerkannt und gestärkt.[43] Darüber hinaus haben Maßnahmen zur Förderung von bezahlter Kinderbetreuung außer Haus positive Ergebnisse in Bezug auf die Einbeziehung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt erzielt. Das betrifft vor allem Frauen mit Migrationshintergrund oder geringer Berufsqualifikation, deren Erwerbsquote rapide anstieg und denen aufgrund der Kinderbetreuungsleistungen soziale Grundrechte und ein Mindesteinkommen garantiert sind.

Dennoch spiegeln die seit Mitte der 1980er Jahre eingeführten Reformen im Bereich der Kinderbetreuung auch den zunehmenden Einfluss der Beschäftigungspolitik auf die Familienpolitik wider. Trotz der Rhetorik der „Wahlfreiheit" steht aufgrund der ungleichen Machtverhältnisse zwischen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Entwicklung einer „*workfare*" Politik ganz oben auf der Agenda. Das zeigt, dass Wohlfahrtsregime in erheblichem Maße von den Anforderungen des Arbeitsmarktes abhängen, auf die die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne und die Sozialpolitik im weiteren Sinne ebenso wie die Familienpolitik reagieren.[44] Durch die Bereitstellung flexiblerer Kinderbetreuungsarrangements, die es berufstätigen Eltern ermöglichen, den Anforderungen ihrer Arbeitgeber nachzukommen, hat die Politik den Interessen der Kinder in den letzten Jahrzehnten tendenziell den zweiten Rang zugewiesen. Dies ist bemerkenswert, denn die aktuelle Forschung kommt breit zu dem Ergebnis, dass sich irreguläre und lange Arbeitszeiten von Eltern auf das Wohlergehen von Kindern und auf die Qualität der Interaktionen innerhalb

43 Siehe auch Sheila Kamerman/Alfred Kahn (Hg.), *Beyond Child Poverty. The Social Exclusion of Children*, New York 2002.

44 Für eine allgemeine Diskussion siehe Gøsta Esping-Andersen, *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford 1999.

der Familie äußerst schädlich auswirken können.[45] Andere Forschungsergebnisse zeigen, dass eine ausgewogenere Aufteilung der Erziehungsarbeit zwischen den Elternteilen in der frühen Kindheit zahlreiche positive Auswirkungen auf das zukünftige Wohlergehen und den Erfolg des Kindes haben können.[46]

Sollte die Politik in Anbetracht der rasanten organisatorischen Veränderungen am Arbeitsplatz nicht stärker auf das Wohlergehen von Kindern achten? Ist es sozial gerecht, den Anteil von Frauen am Erwerbsleben zu maximieren, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und die Gleichberechtigungsrichtlinien der Europäischen Union umzusetzen, ohne dabei das „beste Interesse" des Kindes zu berücksichtigen? Könnte ein neuer Politikentwurf für Männer und Frauen eine echte Wahl schaffen, die sowohl bezahlte als auch unbezahlte Kinderbetreuung ermöglicht und Eltern in die Lage versetzt, ausreichend Zeit mit ihren Kindern zu verbringen? Dies sind nur einige Fragen, auf die neue politische Ansätze in der französischen Kinderbetreuungspolitik in Zukunft Antworten finden müssen.

45 Lyndal Strazdins u.a., „Unsociable Work? Nonstandard Work Schedules, Family Relationships and Children's Wellbeing", *Journal of Marriage and the Family*, Jg. 68, H. 2 (2006), S. 394–410.

46 Für eine allgemeine Diskussion siehe Paul Gregg/Elizabeth Washbrook, *The Effects of Early Maternal Employment on Child Development in the UK*, CMPO Working Paper Series 03/070, Bristol 2003.